

Einzureichen an:

Von der Investitionsbank auszufüllen

Investitionsbank Sachsen-Anhalt  
Regionalentwicklung und Wissen-  
schaft  
Domplatz 12  
39104 Magdeburg

Eingangsdatum



Anzahl Anlagen:

Eingang im PEB registriert:  
500= Förderantrag  
511= Änderungsantrag

## Sachsen-Anhalt NGA - BREITBAND ELER

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Next Generation Access-  
Breitbandausbaus in Sachsen-Anhalt - RdErl. der StK vom 27.10.2015

### 1. ANGABEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

EU-Betriebsnummer (BNRZD, 12stellig)

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Name, Vorname/Betriebsbezeichnung; Ort

--

**Antragstellerstammdaten** (Der Stammdatenbogen ist nur einmalig mit dem ersten Antrag für Fördermaßnahmen des ELER im Ka-  
lenderjahr einzureichen.)

- Der aktuell gültige Stammdatenbogen ist beigelegt.
- Der aktuell gültige Stammdatenbogen wurde bereits eingereicht.

### 2. ANTRAG AUF PROJEKTFÖRDERUNG

Ich /Wir beantrage(n) eine Förderung für eine

Gemeinde  Gemeindeverband (inkl. Landkreis oder   
kommunaler Zweckverband)

Dieser Antrag betrifft

- die erstmalige Antragstellung für das Vorhaben
- die Änderung eines durch Zuwendungsbescheid bewillig-  Änderung in Nr.   
ten Antrages mit Aktenzeichen

Ich/Wir beantrage(n) eine Projektförderung für folgenden **Fördergegenstand**

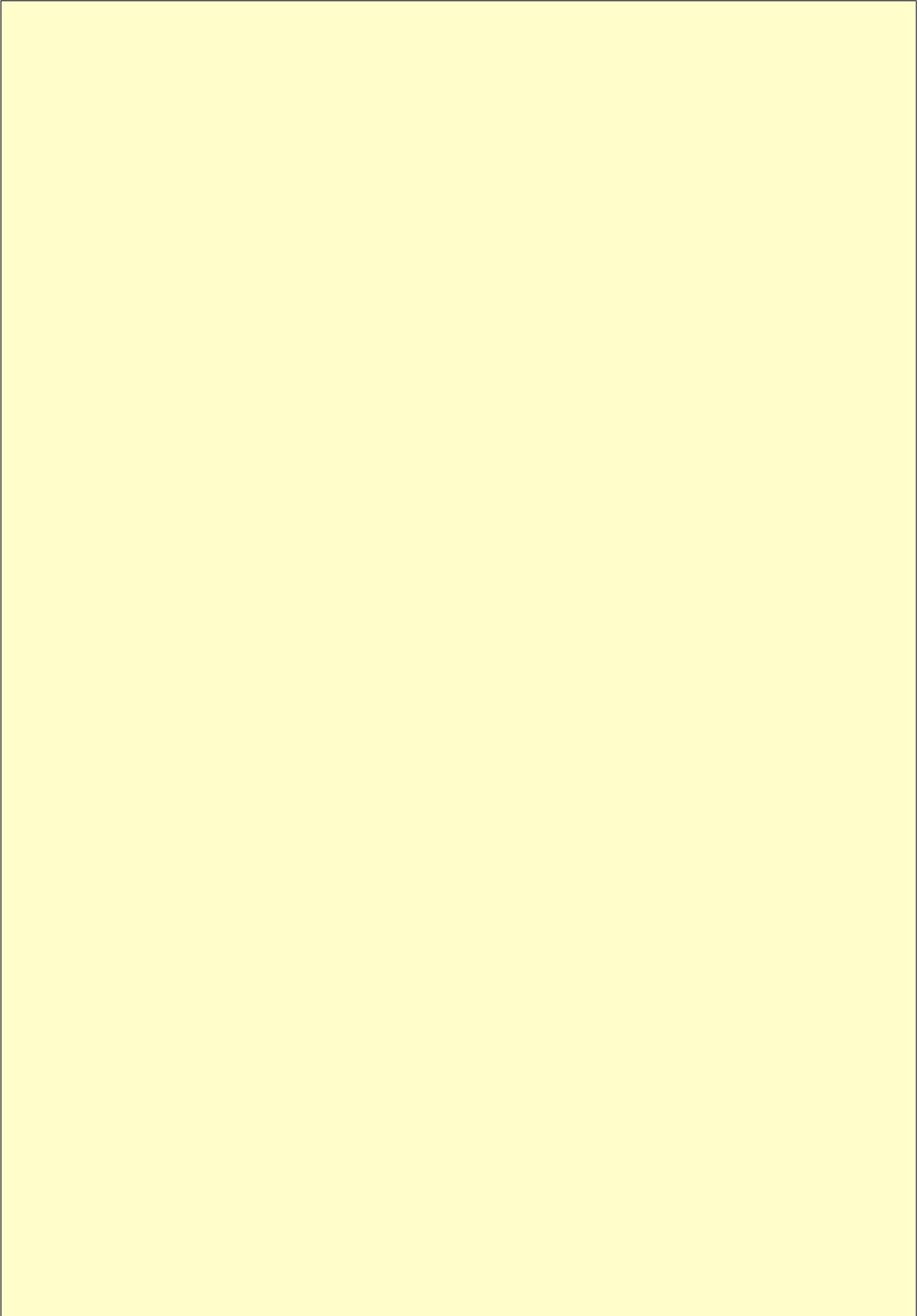
- Wirtschaftlichkeitslücke (Ziffer 2.1 der Richtlinie)  Betreibermodell (Ziffer 2.2 der Richtlinie)  Planungsleistungen (Ziffer 2.3 der Richtlinie)

### 3. ANGABEN ZUM VORHABEN

#### 3.1 Kurzbezeichnung des Vorhabens

--

**3.2 Beschreibung des Vorhabens** (Beschreibung des Ist-Zustandes incl. Darstellung der Unterversorgung; Beschreibung der Lösungsvariante und der gewählten Übertragungstechnik; erwartete Wirkungen des Vorhabens; Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit des Vorhabens; Angaben zum Zeitplan und zur Einwohnerzahl im Projektgebiet)  
Sofern der Platz nicht ausreicht, fügen Sie dem Antrag eine gesonderte Anlage bei.



### 3.3 Projektspezifische Indikatoren und Auswahlkriterien

	derzeit unterversorgt	nach Vorhaben versorgt mit mindestens 50 MBit/s.	nach Vorhaben versorgt mit mindestens 100 MBit/s. symmetrisch
Anzahl landwirtschaftlicher Unternehmen	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Anzahl sonstige Unternehmen	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Anzahl öffentliche Einrichtungen	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Anzahl Privathaushalte	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

#### Verwendete Übertragungstechnik

- FTTC (Glasfaser bis zum KVZ (Kabelverzweiger, grauer Kasten im Straßenseitenbereich))
- FTTdP (Glasfaser bis zu nächsten KVZ-Verdichtungsstufe (viele Unterverteiler im Straßenseitenbereich))
- FTTCa (TV-Kabelnetze, Glasfaser-Coaxial-Kupfer-Netze)
- FTTB/H (Glasfaser bis zum Gebäude/ Haus/ Wohnung)

#### Grad der aktuellen Versorgung (> 50 MBit/s)

- <50%     50% < 75%     75% < 95%     > 95%

#### Gebietsgröße der Erschließung

- Landkreis     Gemeindezusammenschluss     Gemeinde     Ortsteil

#### Grad der Refinanzierung

- > 75 %     30 % - 75 %     < 30%     keine

#### Weitere Indikatoren

Länge neu errichteter Glasfaserstrecken  km

Länge neu errichteter Leerrohre  km

Anzahl neu errichteter Verteilereinrichtungen

### 3.4 Geplanter Durchführungszeitraum

Beginn des Vorhabens  Monat/Jahr    geplantes Ende des Vorhabens  Monat/Jahr

### 3.5 Ort des Vorhabens

Landkreis/Stadt/Einheits-/Verbandsgemeinde

Straße, Hausnummer

PLZ

Ort  ggf. Ortsteil

### 3.6 Für dieses Vorhaben wird/wurde eine andere öffentliche Förderung beantragt/gewährt

- Nein     Ja, beantragt     Ja, erhalten

wenn ja:

Bewilligungsbehörde/Aktenzeichen	Förderung	
	beantragt/nicht entschieden in Euro/Jahr	bewilligt in Euro/Jahr
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

**3.7 Das Vorhaben ist mit anderen Vorhaben, für die eine öffentliche Förderung gewährt werden kann, gekoppelt (z. B. Verlegung von Wasser-, Abwasser-, sonst. Leitungen, Straßenbau oder Erdarbeiten)**

Nein  Ja, beantragt  Ja, Abstimmung der gekoppelten Vorhaben ist erfolgt

wenn ja, beantragt:

Bewilligungsbehörde/Aktenzeichen	Förderung	
	beantragt/nicht entschieden in Euro/Jahr	bewilligt in Euro/Jahr
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

**4. AUSGABEN- UND FINANZIERUNGSPLAN**

**4.1 geplante Ausgaben (Beträge in Euro)**

Kostengruppe/Kostenart	Summe
<u>Wirtschaftlichkeitslücke</u>	
Ausgaben an privatrechtliche Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze zur Schließung der Wirtschaftlichkeitslücke gem. Ziffer 2.1 der Richtlinie (mind. 50.000,00 €)	<input type="text"/>
<u>Betreibermodell</u>	
Kosten der Erschließung gem. Ziffer 2.2 der Richtlinie (mind. 50.000,00 €)	<input type="text"/>
<u>Planungsleistungen gem. Ziffer 2.3 der Richtlinie<sup>1</sup></u>	
a) Erstellung von Machbarkeitsuntersuchungen	<input type="text"/>
b) Planungsleistungen (max. 10 % der förderfähigen Ausgaben)	<input type="text"/>
<b>Summe der Ausgaben</b>	<input type="text"/>

**4.2 Angaben zur Umsatzsteuer (Betreibermodell und bei Planungsleistungen)**

Ich/Wir beantrage/n, dass die Umsatzsteuer als zuwendungsfähige Ausgabe berücksichtigt wird<sup>2</sup>.

Ja  Nein

Wenn ja:

Die für die Eingangsleistungen<sup>3</sup> des geförderten Vorhabens in Rechnung gestellte Umsatzsteuer kann ich nach § 15 UStG als Vorsteuer abziehen. (Ausgaben unter 4.3 als Nettoangaben (ohne Umsatzsteuer) erfassen)

Die für die Eingangsleistungen des geförderten Vorhabens in Rechnung gestellte Umsatzsteuer kann ich nicht nach § 15 UStG als Vorsteuer abziehen. (Ausgaben unter 4.3 mit Umsatzsteuer, soweit diese nicht nach § 15 UStG als Vorsteuer abgezogen werden kann, erfassen)

Hinweis:

Zusätzlich ist das „Formular zur Bescheinigung des Steuerstatus bei einem Fördervorhaben“ auszufüllen und mit den entsprechenden Unterlagen an das für Sie zuständige Finanzamt zu übersenden. Die Bescheinigung des Finanzamts ist zum letzten Zahlungsantrag vorzulegen.

<sup>1</sup> Die Leistungen müssen im Zusammenhang mit den Maßnahmen gem. Ziffern 2.1 (Wirtschaftlichkeitslücke) und 2.2 (Betreibermodell) der Richtlinie stehen

<sup>2</sup> Die Umsatzsteuer kann als zuwendungsfähige Ausgabe nur berücksichtigt werden, wenn der Antragsteller für das Vorhaben weder nach § 15 UStG vorsteuerabzugsberechtigt ist noch die Durchschnittssatzbesteuerung anwendet. Der Antragsteller muss die Umsatzsteuer endgültig tragen.

<sup>3</sup> **Eingangsleistungen** sind alle Leistungen, die der Unternehmer für sein Unternehmen erhält. Hierbei kann es sich z. B. um Wareneinkäufe und um bezogene Dienstleistungen handeln. Werden diese Leistungen von einem anderen Unternehmer mit Umsatzsteuer bezogen, kann der die Leistungen empfangende Unternehmer die in der Rechnung ausgewiesene Umsatzsteuer als Vorsteuer abziehen.

### 4.3 Finanzierung (brutto/netto<sup>4</sup>, Beträge in Euro)

I. Gesamtausgaben (lt. 4.1)

II. maximal möglicher Zuschuss (I. x 90%, max. 10 Mio. €)

III. Eigenmittel

Bare Eigenmittel, Kredite

private Spenden / Leistungen Dritter

Pachteinnahmen

Eigenmittel gesamt

J.

IV. Zuschuss (I. minus III., max. II.)

Finanzierungsmittel (III. + IV.) gesamt

### 4.4 Bereitstellung der Zuwendung

Die Zuwendung soll wie folgt bereitgestellt werden:

Zuwendung gesamt  
in Euro

20

davon zur Auszahlung in den Jahren  
in Euro

20

20

### 5. ANLAGEN

Diesem Antrag sind folgende Anlagen beigelegt:

- 1. Beschluss des zuständigen Organs (Gemeinderat, Verbandsgemeinderat, Stadtrat, Kreistag, Verbandversammlung) über die Durchführung des Vorhabens
- 2. kommunalaufsichtliche Stellungnahme
- 3. Kosten- und Finanzierungsplan inklusive Angaben zur Höhe der Investitionskosten, Baukosten oder Deckungslücke bzw. Nachweis zur Höhe der Wirtschaftlichkeitslücke
- 4. Kopien der für das Vorhaben beantragten weiteren Fördermittel sowie der Bescheide bzw. Förderzusagen (siehe Ziffern 3.6 und 3.7 des Antrags)
- 5. Nachweise der Durchführung des Markterkundungsverfahrens (Veröffentlichung der Zusammenfassung der Erschließungsmaßnahme auf Online-Portal [www.breitbandausschreibungen.de](http://www.breitbandausschreibungen.de), Aufforderung der Beteiligten zur Stellungnahme, Veröffentlichung der Ergebnisse der Markterkundung auf Online-Portal [www.breitbandausschreibungen.de](http://www.breitbandausschreibungen.de), Dokumentation des Markterkundungsverfahrens auf dem Online-Portal [www.breitband.sachsen-anhalt.de](http://www.breitband.sachsen-anhalt.de))
- 6. Schriftliche Erklärung, dass ein Marktversagen vorliegt und kein Netzbereiter bereit ist, ohne öffentliche Förderung zu investieren
- 7. Nachweise der Durchführung eines nichtförmlichen Interessenbekundungsverfahrens
- 8. Detaillierte Breitbandkarte und Analyse der Breitbandabdeckung, einschließlich Infrastrukturerhebung für Fördergebiet unter Berücksichtigung des Breitbandatlases Sachsen-Anhalt
- 9. Nachweis, dass mögliche Synergien im Vorfeld des Vorhabens geprüft und ggf. realisiert wurden (z.B. Mitverlegung von Leerrohren im Rahmen kommunaler Baumaßnahmen)
- 10. Nachweise zur ordnungsgemäßen Durchführung des Auswahlverfahrens/ Vergabeverfahrens (Vergabeunterlagen bestehend aus dem Anschreiben, den Bewerbungsbedingungen, den Vertragsunterlagen, Bekanntmachung (Veröffentlichung im e-Vergabe-Portal, ggf. EU-Amtsblatt, sonstiges), Protokoll über die Angebotsöffnung einschließlich Bieterlisten, Losweise Auflistung der Vergaben, Angebote/ Nebenangebote der Bieter, Erklärung Interessenkonflikte von jedem, der an einer beliebigen Phase des Vergabeverfahrens beteiligt war (Formblatt), Bieterfragen und Antworten, Formblätter und Eigenerklärungen gemäß LVG LSA und Verordnung Formularwesen (sofern erforderlich), Dokumentation einschließlich der Prüfung und Wertung der Angebote sowie Votum des zertifizierten Breitband-Beratungsunternehmens, Absageschreiben an die unterlegenen Bieter); sämtliche Unterlagen sind im Original beizufügen
- 11. Ergebnis der Entscheidung zur Auswahl des Netzbetreibers
- 12. Entwurf eines Vertrages zwischen Antragsteller und Netzbetreiber, der zuvor der Bundesnetzagentur vorgelegen hat
- 13. Stellungnahme der Bundesnetzagentur zum Vertrag zwischen Antragsteller und Netzbetreiber

<sup>4</sup> Nur bei fehlender Vorsteuerabzugsberechtigung sind die Gesamtausgaben brutto zu erfassen.

- 14. Unabhängigkeitserklärung zertifizierter Breitbandberater (Formblatt)
- 15. Erklärung zur Einhaltung der Umweltschutzbestimmungen (Formblatt)

## 6. ERKLÄRUNGEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

- Ich/Wir habe(n) die nachfolgenden Erklärungen wahrheitsgemäß abgegeben und bestätigen die Kenntnisnahme der unten genannten Hinweise.
- a) Mir/Uns ist die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Next Generation Access-Breitbandausbaus in Sachsen-Anhalt (RdErl. der Staatskanzlei vom 27.10.2015 - MBl. LSA Nr. 45/2015 vom 07.12.2015, S. 736 ff.) in der jeweils geltenden Fassung und die sich daraus ergebenden Voraussetzungen für eine Bewilligung bekannt. Mir/Uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung nicht besteht, und dass ich/wir im Falle einer Bewilligung die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts (ANBest-Gk) sowie besondere für dieses Förderprogramm geltende Pflichten zu beachten haben(n). Die Regelungen aus der o.g. Richtlinie sowie den ANBest-Gk werden anerkannt.
  - b) Die IB ist berechtigt, Stellungnahmen anderer Stellen für die Beurteilung der/des Antragstellenden einzuholen. Zu diesem Zweck befreie(n) ich/wir Verbände, Kammern sowie Behörden von ihren Verschwiegenheitspflichten.
  - c) Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir zahlungsfähig bin/sind und gegen mich/uns kein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorsteht, beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt worden ist und dass ich/wir unverzüglich der IB mitteile(n), wenn bis zur Bewilligung des Antrages ein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorstehen sollte, beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt wird.
  - d) Ich/Wir versichere(n) die ordnungsgemäße Geschäftsführung sowie Verwendung und Unterhaltung der geförderten Gegenstände.
  - e) Ich/Wir erkläre(n), dass mit dem Vorhaben noch nicht begonnen worden ist und ich/wir mit diesem auch nicht vor Erhalt des Zuwendungsbescheides beginnen werde(n). Mir/Uns ist weiterhin bekannt, dass Vorhabenbeginn der Abschluss eines Vertrages des Zuwendungsempfängers mit dem im Vergabeverfahren ausgewählten Netzbetreiber (im Falle von Ziffer 2.1 der o.g. Richtlinie), der Baufirma (im Falle von Ziffer 2.2. der o.g. Richtlinie) oder mit dem zertifizierten Breitbandberatungsunternehmen (im Falle von Ziffer 2.3. Satz 1 Buchst. a der o.g. Richtlinie) ist.
  - f) Ich/Wir erkläre(n), dass mir/uns der Inhalt des Merkblatts Vergabe für private und öffentliche Antragsteller im Rahmen von ELER/EGFL-Fördervorhaben ([http://www.invekos.sachsen-anhalt.de/ProfilineT\\_ST\\_P/public/Hilfe/Info/infoinvestiv.htm](http://www.invekos.sachsen-anhalt.de/ProfilineT_ST_P/public/Hilfe/Info/infoinvestiv.htm)) bekannt ist.
  - g) Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir für das zu fördernde Vorhaben und Objekt über die in Ziffer 3.6 dieses Antrages genannten öffentliche Förderungen bzw. Finanzierungshilfen hinaus keine weiteren Mittel beantragt, zugesichert oder bewilligt bekommen habe(n) bzw. über keine weiteren Mittel verfüge(n), die zur Deckung der zuschussfähigen Ausgaben herangezogen werden können.
  - h) Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, der IB Änderungen zu Antragsangaben unverzüglich zu übermitteln.
  - i) Mir/Uns ist bekannt, dass der Stammdatenbogen für Beihilfen und Fördervorhaben, die aus dem EGFL/ELER finanziert werden, einschließlich seiner erforderlichen Anlagen unverzichtbarer Bestandteil des Förderantrags ist und Änderungen des Stammdatenbogens unverzüglich bei der zuständigen Behörde anzuzeigen sind.
  - j) Ich/Wir versichere(n), dass in den angegebenen zuwendungsfähigen Ausgaben keine Umsatzsteueranteile enthalten sind, wenn diese gemäß § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) als Vorsteuer für mich/uns abziehbar sind.
  - k) Mir/Uns ist bekannt, dass die IB berechtigt ist, weitere Angaben und Unterlagen anzufordern, soweit diese für die Entscheidung erforderlich sind. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, alle noch zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Unterlagen/Informationen/Auskünfte zu erbringen/zu erteilen. Sollten im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen an Ort und Stelle für notwendig gehalten werden, so erkläre(n) ich/wir mich/uns damit einverstanden.
  - l) Ich/Wir entbinde(n) die Finanzbehörden gegenüber der IB von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses (§ 30 Abgabenordnung).
  - m) Ich/Wir erkläre(n), dass unter Einbeziehung der beantragten Zuwendung die Gesamtfinanzierung gesichert ist.
  - n) Ich/Wir erkläre(n), dass die für das Vorhaben notwendigen Genehmigungen (z.B. Bau-, Denkmalschutz- und Umweltschutzbehörden) eingeholt wurden und werden.
  - o) Ich/Wir erkläre(n), dass sich die vom Vorhaben betroffenen Grundstücksflächen im Eigentum oder in der auf einem sonstigen dinglichen Recht (z. B. Dienstbarkeit) oder öffentlichem Recht oder einer Nutzungsvereinbarung basierenden Verfügungsmacht des Projektträgers/Zuwendungsempfängers befinden.
  - p) Ich/Wir erkläre(n), dass die geförderte Breitbandinfrastruktur innerhalb eines Zeitraums von sieben Jahren ab dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme dem Zuwendungszweck entsprechend verwendet wird.
  - q) Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir eine vorhabenbezogene Einzelabrechnung und Trennung vom üblichen Geschäftsverkehr gewährleisten und dass innerbetriebliche Umlagen nicht ausgewiesen werden.
  - r) Ich/Wir erkläre(n), dass dieses Vorhaben nicht im Auftrag Dritter durchgeführt wird oder werden soll.
  - s) Mir/Uns ist bekannt, dass Originalbelege und gegebenenfalls eingereichte, mit Prüfvermerk versehene Kopien oder beglaubigte Abschriften solcher Dokumente oder mit den Originalen als übereinstimmend bescheinigte Fassungen auf allgemein üblichen Datenträgern bis zum Ende der Zweckbindungsfrist aufbewahrt werden müssen.
  - t) Ich/Wir erkläre(n), dass gegen mich/uns keine bestandskräftige Rückforderungsentscheidung der EU-Kommission vorliegt, der ich/wir nicht nachgekommen bin/sind.
  - u) Ich/Wir versichere(n) die Richtigkeit und Vollständigkeit der von mir/uns gemachten Angaben im Antrag sowie den beigefügten Anlagen/Unterlagen

- v) **Gilt ergänzend zur Erklärung im Stammdatenbogen zum Subventionsbetrug:**  
Mir/Uns ist bekannt, dass die Angaben bzw. Erklärungen zu den Ziffern 1., 2., 3.1, 3.2, 3.3, 3.4, 3.5, 3.6, 3.7, 4.1, .4.2, 4.3, 6.a), 6.c) bis 6.k), 6.m) bis 6.r) und 6.t) bis 6.v) dieses Antrages sowie die Angaben bzw. Erklärungen in den gem. Ziffer 5. dieses Antrags beizufügenden Unterlagen gem. Nr. 1., 2., 3., 4., 5., 6., 7., 8., 9., 10., 11., 12., 13., 14., und 15. subventionserhebliche Tatsachen im Sinne der im Stammdatenbogen genannten Vorschriften sind.

Subventionserheblich sind ferner solche Tatsachen, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung (§ 4 SubvG).

#### **UNTERSCHRIFT(EN) DER/DES ANTRAGSTELLENDEN/BEVOLLMÄCHTIGTEN**

**Ort, Datum**

**Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)**

**Ort, Datum**

**Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)**

**Unterschrift (Stempel, sofern relevant)**

**Unterschrift (Stempel, sofern relevant)**